

Protokoll

des Landesbeirates zur Teilhabe
von Menschen mit Behinderungen Schleswig-Holstein.

39. Sitzung
10. Februar 2025
15:30 – 17:45 Uhr

Teilnehmende

Mitglieder

- Kerstin Scheinert
- Tanja Speck (digital)
- Thies Teegen
- Benjamin Weiler (digital)
- Janine Kolbig (digital)
- Aleksandra Karadeniz (digital)
- Christian Sach
- Martina Scheel
- Matthias Krasa (digital)
- Niels Luithardt
- Jürgen Trinkus
- Marion Malzahn
- Karin Pfeiffer
- Andrea Cornils (digital)
- Esther Zelenka
- Tim Wielau
- Marcus Haß
- Kirsten Grundmann
- Maja Hidic (digital)
- Michael Niemann
- Andreas Kölln

Beratende Mitglieder

- Nicole Knudsen (digital)

Gäste

- Samiah El Samadoni
- Josephine Trier
- Christian Dirschauer
- Moritz Magnussen
- Kristin Mahrt
- Jens Handler
- Henrike Bleck
- Ursula Hegger

Weitere

- Michaela Pries (Vorsitzende)
- Arne Braun (Geschäftsführer)
- Im Weiteren sind Assistenzkräfte, Dolmetscher*innen und Besucher*innen an der Sitzung anwesend.

1. Begrüßung

Michaela Pries begrüßt die anwesenden Gäste und Mitglieder.

2. Austausch mit der Bürgerbeauftragten

Michaela Pries stellt die Gründe für den Besuch der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten Frau Samiah El Samadoni dar. Viele Mitglieder des Landesbeirates beschreiben Probleme in der Eingliederungshilfe. Die folgenden Probleme werden immer wieder benannt und decken sich auch mit der Beratungspraxis der Landesbeauftragten:

- mangelhafte Umsetzung der gesetzlichen Grundlagen, insbesondere § 106 SGB IX
- trotz gleichbleibender Bedarfe geringere Leistungen
- Verschiebung von Leistungsansprüchen in andere Leistungsgesetze
- mangelhafte Erfüllung des Sicherstellungsauftrags (§ 95 SGB IX) z. B. Wohnstätten mit komplexen Unterstützungsbedarfen.

Aufgrund der vielfältigen Probleme haben sich die Mitglieder im Arbeitskreis Eingliederungshilfe über eine Beschwerdestelle/Clearingstelle Eingliederungshilfe informiert und dies auch auf der Sitzung am 9.12. mit den Landtagsabgeordneten thematisiert. Da die Bürgerbeauftragte auch im Bereich der Eingliederungshilfe berät, wurde sie eingeladen.

Samiah El Samadoni stellt kurz ihre eigene Dienststelle vor. Die Bürgerbeauftragte berät und unterstützt Bürger und Bürgerinnen gegenüber Behörden, die Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern erbringen. Dies umfasst vielfältige Themenbereiche z. B. Bürgergeld, Krankenkassenleistungen, Wohngeld und Schwerbehindertenrecht. Es beraten überwiegend Juristen und Juristinnen in der Dienststelle. Daneben ist Samiah El Samadoni noch Beauftragte für die Landespolizei, Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche und Antidiskriminierungsstelle des Landes.

Die zuständige Juristin für die Eingliederungshilfe ist Josephine Trier. Die oben beschriebenen Probleme sind der Bürgerbeauftragten bekannt. Sie vertritt die Interessen der Petenten und Petentinnen und nimmt zu den zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der betroffenen Behörden Kontakt auf. Dabei kann sie auch Stellungnahmen bei den Behörden erbitten und begleitet die Bürger und Bürgerinnen auch in Widerspruchsverfahren. Im Einzelfall können formelle Empfehlungen ausgesprochen oder die Aufsicht eingeschaltet werden. Auch wird sie aktiv, wenn Behörden viel zu lange nicht entscheiden oder die Kommunikation abbrechen. Auf

Nachfrage eines Mitgliedes stellt sie klar, dass sie keine Schiedsstelle ist, also nicht über einen Antrag entscheidet, sondern die Interessen gegenüber den Behörden vertritt.

Ein Mitglied fragt, wie die positiven Impulse durch das BthG landesweit umgesetzt werden können und Leistungen nicht nach Postleitzahlen erbracht werden. Als ein Beispiel wird die Festlegung der Assistenzlöhne für die Assistenzkräfte beim Persönlichen Budget beschrieben. Das Grundproblem der unterschiedlichen Leistungen liegen für die Bürgerbeauftragte in der Kommunalisierung der Eingliederungshilfe, die damit eine pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe der Kreise und kreisfreien Städte ist. Dadurch haben die Kreise die Fachaufsicht über die eigene Eingliederungshilfe. Die Rechtsaufsicht ist beim Land und wird bei rechtswidrigen Handeln tätig.

Christian Dirschauer kann die beschriebenen Probleme nachvollziehen. Gemeinsame Standards sind wünschenswert, können aber auch Gestaltungsmöglichkeiten einschränken.

Ein Mitglied möchte noch wissen, wie viele Widersprüche es in der verschiedenen Eingliederungshilfen gibt. Dies ist nicht bekannt, da diese - wenn überhaupt - in den jeweiligen Kreisen und Städten erhoben werden können.

Michaela Pries sieht sowohl in der Beratung im Einzelfall als auch in struktureller Hinsicht weiterhin viel Arbeit und betont, dass es weitere Überlegungen geben muss, wie das System der Eingliederungshilfe konstruktiv weiterentwickelt werden kann. Dabei betont sie den sehr guten Austausch mit der Bürgerbeauftragten. Es wird eine weitere vertiefte Befassung mit dem Thema angedacht.

Die Präsentation ist Anlage des Protokolls.

3. Aktuelles

3.1 Statement zur Bundestagswahl

Vor der Sitzung wurde der Entwurf des Wahlaufufes an die Mitglieder versendet. Janine Kolbig teilte einen Änderungswunsch mit, der eingepflegt und erläutert wird. Arne Braun stellt kurz den Prozess der Erarbeitung des Wahlaufufes dar. Mitglieder von fünf interessierten Verbände haben im Rahmen einer Videokonferenz ihre Ideen ausgetauscht. Gunilla Pugell von der Aktionsgemeinschaft Handlungsplan hatte sich bereit erklärt, einen Entwurf für den Wahlaufuf zu verfassen. Nach der Versendung des Entwurfes hat ein anderer Verband einen neuen Entwurf geschrieben. Die beteiligten Mitglieder haben sich auf einen Entwurf geeinigt. Christian Sach kritisiert diese Vorgehensweise, da in das Schreiben viel Arbeit investiert wurde. Arne Braun kann dies verstehen.

Andre Delor, Assistenz der LAG Bewohnerbeiräte, bemerkt, dass der Wahlauf Ruf nicht in Leichte Sprache übertragen wurde. Dies sollte zukünftig geändert werden. Dies findet breite Zustimmung bei den Mitgliedern.

14 Verbände stimmen für den Wahlauf Ruf und ein Verband enthält sich. Der Wahlauf Ruf wird vom Büro der Landesbeauftragten auf den social media Kanälen verbreitet.

Der Wahlauf Ruf ist Anlage des Protokolls.

3.2 Sitzungsgeld

Arne Braun teilt mit, dass die Mitglieder des Landesbeirates in allen Sitzungen Sitzungsgeld und Fahrtkosten erstattet bekommen. Dies betrifft auch Fachaustausche oder Treffen zu Stellungnahmen.

3.3 Prozess LAG ABT

Ursula Hegger beschreibt den Prozess der Landesbeauftragten mit der LAG Arbeit, Bildung und Teilhabe und der LAG der Werkstatträte. In den letzten Jahren hat die Landesbeauftragte mehrere Werkstätten besucht. Die Landesbeauftragte möchte in diesem Prozess Impulse für eine Weiterentwicklung des Systems der Werkstätten setzen. Aufbauend auf den Werkstattbesuchen haben weitere Sitzungen stattgefunden. Hierbei wurden auch die Eingliederungshilfeträger einbezogen.

Auf der Landesbeiratssitzung am 9.12. haben mehrere Landtagsabgeordnete mitgeteilt, dass der Bereich Arbeit ein Schwerpunkt ist. Deshalb soll ein gemeinsames Treffen mit der LAG Werkstatträte, LAG ABT, den sozialpolitischen Sprecher und Sprecherinnen und der Landesbeauftragten stattfinden. Ursula Hegger fragt, ob Mitglieder des Landesbeirates auch an dem Termin teilnehmen wollen.

Interesse haben folgende Mitglieder:

- Martina Scheel
- Thies Teegen
- Marcus Haß
- Christian Sach
- Andreas Kölln
- Esther Zelenka
- Michael Niemann
- Niels Luithardt
- Tim Wielau
- Janine Kolbig
- Benny Weiler

4. Jahresplanung 2025

Grundlage für den Entwurf der Jahresplanung sind die Ergebnisse des Workshops am 12.11. Die Jahresplanung wurde vom Team der Landesbeauftragten erarbeitet. Dabei wurde eine Idee entwickelt, wann und in welcher Form die verschiedenen Themen besprochen werden. Der Entwurf der Jahresplanung wurde vor der Sitzung verschickt. Arne Braun hat keine Änderungswünsche erhalten. Er stellt kurz die einzelnen Themen und die Verteilung der Befassungen vor.

Am 7.4. soll auf der Landesbeiratssitzung das Thema „Was ergibt sich aus der Bundestagswahl für die Lebenssituation der Menschen mit Behinderungen in Schleswig-Holstein“ besprochen werden. Ein Mitglied merkt an, dass es u. U. noch keinen Koalitionsvertrag geben wird. Arne Braun teilt die Einschätzung. Alternativ könnte auch eine Befassung mit den Ergebnissen des Sozialausschusses am 20.3. zu den Anträgen „15 Jahre UN-BRK“ Sinn ergeben. Am 20.3. werden die Landesbeauftragte, der Gehörlosenverband und der Landtagsdirektor dazu angehört. Arne Braun wird hierzu eine Email an die Mitglieder senden.

An der Landesbeiratssitzung am 21.7. wird Frau Winter teilnehmen. Sie ist die zuständige Referatsleiterin für das Thema Pflege im Sozialministerium. Thema könnte das Maßnahmenpaket der Landesregierung zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung sein. Hierzu gibt es von den Mitglieder mehrere Beiträge. Es wird vereinbart, dass die Mitglieder Arne Braun ihre Themen und Wünsche vorher mitteilen und er diese an Frau Winter weiterleitet.

In der Septembersitzung wird das Schwerpunktthema „Peers in der Eingliederungshilfe“ sein.

Voraussichtlich werden auf der Sitzung am 3.11. die Mitglieder die Themen für den Austausch mit den Landtagsabgeordneten festlegen. Der Termin mit den Abgeordneten ist am 8.12. Mögliche Themen für das Gespräch könnten zum einen der aktuelle Sachstand zu den Themen des letzten Austausches sein. Dies waren

gesundheitliche Versorgung, Einführung einer Landesfachstelle Barrierefreiheit und Beschwerdestelle/Clearingstelle Eingliederungshilfe. Weitere Themen werden am 3.11. erarbeitet.

Zu drei Themen soll es einen Fachaustausch geben. Diese werden von Dirk Mitzloff, Moritz Magnussen und Ursula Hegger durchgeführt.

- Mobilität, Schienenersatzverkehr, ÖPNV (Dirk Mitzloff)
- Inklusive Bildung (Schule), lebenslanges Lernen (Moritz Magnussen)
- Wenig Angebote im Bereich Freizeit für Kinder und Jugendliche mit hohen Unterstützungsbedarfen (Ursula Hegger)

Jetzt stellt Arne Braun die Überlegungen zu den Themen, die in der Jahresplanung unter Einzelthemen eingeordnet wurden, dar.

Er weist bei dem Thema Schwerbehindertenausweis auf das Angebot von Herrn Münster (Landesamt für Soziale Dienste) hin, dass er bei weitergehenden Fragen die Selbsthilfeverbände direkt berät oder den Verband besucht.

Zum Thema Beratender Ausschuss des Integrationsamtes teilt Kirsten Grundmann ihre Überlegungen mit. Sie ist Mitglied im Beratenden Ausschuss, der vom Integrationsamt organisiert wird. Die Mitglieder sollen in wichtigen Fragen, wie z. B. bei der Verwendung der Ausgleichsabgabe, das Integrationsamt beraten. Kirsten Grundmann ist sich aktuell unsicher, inwiefern der Landesbeirat sie unterstützen kann.

Die Mitglieder beschließen die Jahresplanung einstimmig. Es gibt keine Enthaltungen oder Gegenstimmen.

Die Jahresplanung ist Anlage des Protokolls.

5. Verschiedenes

Moritz Magnussen teilt den Mitgliedern mit, dass es dieses Jahr keinen Krach-Mach-Tach im Rahmen der Kieler Woche geben wird. Es wurde dazu in der Vergangenheit auch aus dem Beirat Kritik geäußert. Z. B. stellt der Lärm und die Anzahl der Menschen auf der Kieler Woche ein Problem dar. Deshalb wird ein neues Konzept erarbeitet. Hierbei wird auch der Landesbeirat beteiligt. Grundsätzlich besteht die Überlegung, den Krach-Mach-Tach jedes Jahr in einer anderen Stadt mit einem eigenen Thema (z.B. Inklusion im Sport) durchzuführen.

6. Anlagen

1. [Vortrag der Bürgerbeauftragten Samiah el Samadoni](#)
2. [Wahlaufruf des Landesbeirats zur Bundestagswahl](#)
3. [Jahresplanung des Landesbeirates](#)
(Die Termine und Schwerpunktthemen sind verlinkt.
Eine detaillierte Planung ist angehängt)

Protokoll: Arne Braun